

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

41. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 31. Januar.

10 Uhr. Am Ministertische v. Kameke, Friedenthal, Maybach und mehrere Commissarien.

Das Haus bezieht sich zunächst eine ganze Reihe von Petitionen, als zur Veranlassung im Plenum nicht geeignet und überläßt dann einzelne Staatsposten ohne Debatte, nämlich den Etat des Kriegsministeriums, sowie den Titel: „zum Neubau des Dicasterialgebäudes in Danzig 300,000 Mark“, aus dem Extraordinarium der Baubewirtschaftung und einige Titel des landwirtschaftlichen Ministeriums, besonders bezüglich der landwirtschaftlichen Mittelschulen, bei welcher Gelegenheit auf Antrag der Budgetcommission die Petition der Stadt Marggrabowa um Bewilligung der erforderlichen Mittel zur Subvention einer in der genannten Stadt zu errichtenden landwirtschaftlichen Mittelschule der Regierung insoweit zur Berücksichtigung empfohlen wird, als es sich um die Errichtung einer zweiten landwirtschaftlichen Mittelschule für Ostpreußen — also ohne Rücksicht auf den Sitz derselben — handelt.

Beim Cap. 108 des landwirtschaftlichen Staats: „Thierarzneischulen und Veterinärwesen“ fragt Abg. Jung, ob in Wirklichkeit in dem Entwurfe eines Reichsgesetzes die Impfung der Schafe gänzlich beseitigt werden solle; er wünscht die Aufrechterhaltung derselben wenigstens in den Landesheilen, wo sie bisher Praxis war. — Minister Friedenthal verweist darauf, daß es nicht richtig sei, über Entwürfe von Reichsgesetzen, so lange sie vorbereitet werden, Auskunft zu geben.

Abg. Laurentz weist auf den bedeutenden Unterschied hin, der zwischen den Gehältern der Lehrer an den Thierarzneischulen in Hannover und Berlin bestehe. In Hannover betrage das Maximum 3600 M., in Berlin 5100 M.; Gründe zu einer so bedeutenden Differenz seien nicht vorhanden. Bei den Gymnasiallehrern betrage das Maximum für Berlin 5100 Mark, für die Provinzen 4500 M., sei also noch immer um 900 M. höher als bei der Thierarzneischule in Hannover.

Der Vertreter der Regierung erwidert, daß die Differenz nicht so bedeutend sei, denn das Durchschnittsgehalt stelle sich in Berlin auf 3450 Mark, in Hannover auf 3000 M.

Abg. Dammann befragt, daß die Thierarzneischule in Berlin 8500 Mark für Gehaltsmittel und Sammlungen erhält, während die schlechter ausgestattete Schule in Hannover nur 2250 M. dafür erhalte. Ueberhaupt sei dieser Fonds im Verhältnis zu anderen deutschen Anstalten zu niedrig bemessen; Kerner verweist auf München, wo 30,000 M., auf Dresden, wo 20,000 M. dafür ausgesetzt seien.

Abg. v. Meyer (Arnsvalde) bezeichnet den Fonds für veterinärpolizeiliche Zwecke 50,000 M. als zu niedrig; es würden besonders für die Reisekosten der Thierärzte bedeutend höhere Summen verwendet.

Den Titel: 600,000 M. zur Gründung eines Credit-Institutes für den kleinen Grundbesitz in der Provinz Posen empfiehlt Abg. Hundt v. Hafften, weil die landwirtschaftlichen Institute viel zu engberichtig bei ihrer Creditgewährung seien; besonders sei zu wünschen, daß das neue Institut in seiner Vertheilung bis zu 1/2 der Dase gehe. Am besten würde man aber dem Grundbesitz in Posen helfen, wenn man die katholischen Feiertage alle auf einen Sonntag verlegte (Große Heiterkeit), das sei besser als alle Schützelle! Das strenge katholische Frankreich habe in dieser Weise verfahren, und die 5 Milliarden in kürzester Zeit bezahlt, während wir 5 Milliarden erhalten haben, und dennoch an Finanznoth leiden (Große Heiterkeit).

Abg. v. Schorlemer-Mst: Der Abg. Hundt v. Hafften hat endlich das G. des Columbus gefunden; die katholischen Feiertage in der Provinz Posen sind schuld daran, daß die Milliarden verschwunden sind. (Heiterkeit.)

Abg. Hundt v. Hafften: In seiner gewöhnlichen Art von wohlfeiler Wismaderei hat der Abg. v. Schorlemer meine Worte verdreht; ich habe nur gesagt, wichtiger als alle Schützelle sei die Befestigung der wochentäglichen Feiertage.

Abg. v. Schorlemer-Mst: Nun, dann brauchen ja die Schützeller, zu denen ich nicht gehöre, gar keine Schützelle mehr, die Abschaffung der Feiertage wird genügen. (Heiterkeit.)

Es folgt die Verlesung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. Die Commission beantragt: Die Staatsregierung zu ersuchen, a) die Einstellung des Betriebes bei den mit fortwährenden Zuschüssen arbeitenden kleineren Berg-, Hütten- und Salzwerten des Staates in Erwägung zu ziehen, b) gleichzeitig mit dem Etat dem Landtage das rechnungsmäßige Resultat des Betriebes der einzelnen Berg-, Hütten- und Salzwerte des Staates mitzuteilen, c) den Erläuterungen des nächsten Etats die Gesamtsumme beizufügen, welche für jedes einzelne im Betriebe befindliche Berg-, Hütten- und Salzwert des Staates seit dem Jahre 1868 an Anlage- und Baukosten aufgewendet ist.

Referent der Budgetcommission Abg. Dr. Hammacher: Der preussische Staat ist als Besitzer von Berg- und Hüttenwerken der größte Industrielle des Landes und muß sich deshalb gefallen lassen, daß seine Betriebsergebnisse in gleicher Weise der Kritik unterzogen werden, wie die von Privatpersonen. Obwohl sich nun unsere Staatsindustrie relativ in einer besseren Lage befindet, als die correspondierende Privatindustrie, so sind ihre Einnahmen doch erheblich zurückgegangen und der Staat wird sich daher so gut wie jeder Privatmann der Erwägung der Frage nicht entziehen können, ob er nicht gewisse Betriebsobjekte, die fortgesetzt einen bedeutenden Zuschuß erfordern und keine Aussicht auf Besserung haben, künftig aufgeben soll. Die Zahl dieser Objecte ist aber eine sehr bedeutende (Redner führt u. A. ein Bernsteinbergwerk im Samlande, das Steinsalzbergwerk in Segeberg (Schleswig-Holstein) und andere Werke an) und angesichts dieser Thatsache hielt sich die Budgetcommission für verpflichtet, die Regierung anzusprechen, die Einstellung oder Einschränkung des Betriebes solcher Werke in Erwägung zu ziehen. — Wir erhalten jetzt den Betriebsbericht viel später, als den Etat selbst, während es doch von großem Vortheil für uns ist, ihn mit dem Etat zugleich zu erhalten, um auf ihn geistig eine Kritik dahin einwirken zu lassen, ob wir nicht die Regierung auffordern sollen, bei diesem oder jenem Werk den Betrieb zu verstopfen, bezw. einzufrieren. — Während uns bei dem Van den Eisenbahnen jedes einzelne Capital, welches zur Verwendung gelangt, mitgeteilt wird, ist das Gleiche bei den Hütten-, Salinen- und Bergwerken nicht der Fall; es entspricht aber ebensowohl den Wünschen des Hauses, wie dem Interesse des Staates, daß es künftig geschieht.

Reg.-Commissar Oberbergshauptmann Serlo erklärt, daß die von der Budget-Commission gestellten Anträge erfüllt werden würden; übrigens müsse er bemerken, daß die Regierung stets Erwägungen darüber anstelle, ob bei einzelnen Werken der Betrieb einzustellen sei.

Die Anträge sub a. b. c. werden angenommen.

Zu Cap. 19 (Berg-Verwaltungen) und Cap. 20 (Bergtechnische Lehranstalten) beantragt die Budget-Commission, „die Regierung für den Fall der Beibehaltung des Oberbergamts und der Bergakademie zu Clausthal um die Mitteilung einer Denkschrift über die Gründe für diese Beibehaltung zu ersuchen.“ — Dagegen beantragt Abg. Otto (Zellerfeld), „unter Anerkennung der berechtigten Existenz des königl. Oberbergamts und der königl. Bergakademie zu Clausthal dem Antrage der Budget-Commission die Zustimmung zu verweigern.“

Abg. Dr. Hammacher: Das Oberbergamt zu Clausthal erfüllt nicht den eigentlichen Zweck der Oberbergämter, der im Wesentlichen in der Aufsicht über den Privatbergbau und in der Regulierung der bergpolizeilichen Fragen besteht. Die Geschäfte des Oberbergamts sind verhältnismäßig höchst geringfügig, was schon daraus hervorgeht, daß in Clausthal nur 4 Revidenten existieren, während die Zahl derselben bei den anderen Aemtern zwischen 11 und 15 variiert. Das Oberbergamt nimmt ferner nur 10,000 M. Bergwerksabgaben ein, während sich z. B. diese Einnahmen bei dem Oberbergamt zu Dortmund auf 1,400,000 M. belaufen. Die Budget-Commission hielt es gerade bei der heutigen Finanzlage des Staates, welche Vereinfachungen in Bezug auf administrative Einrichtungen gebietet, für ihre Pflicht, die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Frage zu richten, ob die Fortdauer des Oberbergamts zu Clausthal gerechtfertigt ist oder nicht? Ich verahre

die Commission gegen die Auffassung, als ob in der von ihr gewünschten Denkschrift ein Präjudiz liege nach der Richtung, als ob sie die Aufhebung des Oberbergamts beantragen wolle, sie bezweckt vielmehr nur eine Klarstellung der Verhältnisse. — Die Bergakademie in Clausthal erfordert einen jährlichen Staatszuschuß von 12,600 M. und ist nur von 48 Schülern besucht. Die Bergakademie in Berlin reicht zur Aufnahme dieser Schüler vollständig aus. Uebrigens hat die Commission auch hier keinen Beschluß des Hauses probocieren wollen.

Handelsminister Maybach: Falls das Haus dem Antrage der Commission zustimmen sollte, so wird die Regierung die gewünschte Denkschrift vorlegen. Ich halte es aber für meine Pflicht, schon jetzt zu bemerken, daß für die Regierung bis jetzt kein Grund für die Aufhebung des Oberbergamts zu Clausthal, wohl aber viele Gründe für seine Beibehaltung sprechen; ich glaube demnach, daß das Resultat der Denkschrift dem Antrage gegenüber ein negatives sein wird.

Abg. Otto (Zellerfeld): In Clausthal besteht seit fast 70 Jahren eine höhere Bergschule, für welche im Verhältnis zu der Munificenz, mit der die Berliner Bergakademie ausgestattet ist, sehr bescheidene Mittel aufgewendet worden sind; um so ehrenvoller aber ist es für sie, daß sie das Feld behauptet hat. Sie hat viele Männer herangebildet, die sich vortrefflich bewährt haben und ihr Ruf reicht weit über das Land hinaus. Besonders zu Statte gekommen ist ihr der Umstand, daß die in der Nähe befindlichen Hütten den Schülern das volle Verständnis des beim Unterricht Gehörten wesentlich erleichterten, diese Wechselwirkung zwischen Theorie und Praxis, welche bei der Berliner Akademie gar nicht denkbar ist, hat sich bewährt. Wenn die Clausthaler Akademie wirklich eingeht, so würde das noch keine erhöhte Frequenz der Berliner Akademie zur Folge haben. Die Kosten für die Akademie in Clausthal werden aus einem dem Namen „Bergbaukasse“ führenden Provinzialfonds bestritten, nicht vom Staate. Was das Oberbergamt zu Clausthal anlangt, so ist die Behauptung des Abg. Hammacher, daß es das am wenigsten beschäftigte sei, nicht zutreffend, es gehört vielmehr zu den am meisten beschäftigten, da es zahlreiche und bedeutende Staatswerke verwaltet, und es braucht den Vergleich mit irgend einem anderen Oberbergamt nicht zu scheuen. Seine polizeiliche Thätigkeit ist allerdings unbedeutend. Die Verbreitung des Gerüchtes von der Unsicherheit des Bestehens des Instituts hat demselben bereits sehr geschadet und die jetzt schon große Unruhe und Sorge würde bei Annahme des Commissionsantrages noch erheblich vermehrt werden. Ich bitte daher, denselben abzulehnen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Miquel: Der Berichterstatter hat den Antrag der Commission als sehr harmlos dargestellt, aber zwischen seinen Zeilen liegt die Idee, daß die Institute aus Erparnisrücksichten verschwinden sollen und das muß in den beteiligten Kreisen Beunruhigung hervorrufen; darum sollte man ihn nicht annehmen. Die Verhältnisse liegen so klar, daß wir die Denkschrift gar nicht brauchen. Die Clausthaler Bergakademie hat einen vortrefflichen Ruf im In- und Auslande, sie wird erhalten aus Fonds, die von Vergleuten selbst angebracht werden, selbst also dem Staate nichts; die wichtigsten Entscheidungen sind aus ihr hervorgegangen. Wenn sich im letzten Jahre die Schülerzahl vermindert hat, so hat das seinen natürlichen Grund im Rückgange der Industrie. Ich kann also keinen Grund einsehen, warum die Bergakademie in Frage gestellt werden soll und dies geschieht durch den Antrag der Commission. Die Thätigkeit eines Oberbergamts muß man nach seiner gesammten Wirksamkeit, aber nicht nach der Zahl der Revidenten beurtheilen. Der Bergbau im Harz ist ein besonders künstlicher und schwieriger und erfordert täglich die Mitwirkung wissenschaftlich gebildeter Männer. Der Herr Abg. Maybach hat selbst bei der Gründung des Oberbergamts zu Clausthal mitgewirkt und wird gewiß in seiner späteren Stellung als Minister über die segensreiche Wirksamkeit des Instituts Erfahrungen gesammelt haben, über die er sich vielleicht äußert. Die Sache an sich ist klar genug, so daß der Antrag der Commission überflüssig erscheint.

Regierungs-Commissar Oberbergshauptmann Serlo: Die Annahme der Commission, daß die Akademie zu Clausthal einen Zuschuß aus Staatsmitteln erfordere, beruht auf einem Irrthum, dieselbe wird vielmehr aus Provinzialfonds erhalten.

Abg. Hammacher erklärt, daß er den Antrag der Budgetcommission bezüglich der Bergakademie zurückziehe, weil derselbe auf der irrthümlichen Erklärung eines anderen Regierungs-Commissars in der Budgetcommission fuße, daß die Bergakademie dem Staatszuschusse bedinge.

Abg. Kieselbe vertheidigt den hiernach verbleibenden Antrag der Budgetcommission gegen den Antrag Otto, weil es nicht darauf ankomme, ob das Oberbergamt in Clausthal eine berechnete Eigenthümlichkeit der Provinz Hannover, sondern ob es aus sachlichen Gründen notwendig sei.

Abg. Maybach: Da der Abg. Miquel mich zu einer Erklärung über diesen Gegenstand provocirt hat, so will ich sie trotz des Scheines des Subjectivismus, den meine persönlichen Beziehungen zu dem Vorstehenden des Oberbergamts in Clausthal auf mich werfen könnten, abgeben. Ich bin gegen den Antrag der Budgetcommission, der die Aufhebung des Oberbergamts in den Vordergrund stellt, sowohl im Interesse der Bergwerksindustrie als auch der Beamten, welche unnützerweise beunruhigt werden, wenn die Frage, ob das Oberbergamt bestehen soll oder nicht, ein ganzes Jahr in der Schwebe gehalten wird. Das Oberbergamt wurde im Jahre 1866 gegründet, weil die Bezirke der übrigen preussischen Oberbergämter zu groß und der Harz besonders zum Sitze eines Oberbergamts geeignet erschien, nicht wegen der Rentabilität seines Bergbaues, sondern weil er die Pflanzstätte des gesammten deutschen, insbesondere aber des preussischen Bergbaues ist. Friedrich der Große nahm die ersten preussischen Bergwerksbeamten vom Harz. Dieser besitzt einen Jahrhunderte alten Erbergbau, der sich vom Kohlenbergbau wesentlich unterscheidet. Die 1866 maßgebend gewesenen Umstände haben sich nicht geändert, Sparmaßregeln hätten heute die Aufhebung des Oberbergamts um 40 weniger gerechtfertigt, als dasselbe durch eine Berg- und Hüttenverwaltung mit annähernd ebensoviel Mitgliedern und mit gleichen Gehältern ersetzt werden müßte.

Man würde also nur die Beamten in eine geringere Kategorie hinabschrauben, und dadurch allen Bergwerksbeamten die an sich geringe Aussicht auf Avancement vermindern, durch welche sie heute noch von dem Uebertritt zu Lohnnehmern Privatsinstellungen zurückgehalten werden. Will man aber durchaus ein Oberbergamt aufheben, so darf es nicht Clausthal sein, welches mitten im Bergbau liegt. In anderen Bezirken aberweit allerdings der Privatbergbau. Ich halte es aber für eine untergeordnete Thätigkeit des Amtes, Beleuchtungs-Acten auszusetzen, d. h. Formulare auszufüllen und 15 Sgr. Stempel zu liquidieren. (Heiterkeit.) Was aber die bergpolizeiliche Thätigkeit betrifft, die die Hauptaufgabe des Oberbergamts ist, so ist diese bei fiskalischen Werken nicht geringer als gegenüber dem Privatbergbau. Die Bergakademie anlangend, hat der Staat derselben sowie der Bergschule in Clausthal nur einen Zuschuß zu zahlen, weil sie die Harzbergbauarbeiten zu ihrer Erhaltung benutzte, während der Staat andere fiskalische Bergschulen erhalten muß. Ich bitte dringend, den Antrag der Budgetcommission abzulehnen. (Beifall.)

Abg. Otto zieht seinen Antrag zurück.

Abg. Hammacher hält den Antrag der Budgetcommission aufrecht, die Regierung um eine Denkschrift über die Gründe für die Beibehaltung des Oberbergamts zu ersuchen, weil gerade aus der Rede Maybachs hervorgehe, daß die Beibehaltung des Amtes nicht im Interesse der Bewohner des Harzes, sondern der Beamten und der historischen Eitelkeit der Stadt Clausthal gefordert werde.

Der Antrag der Budgetcommission wird hierauf mit großer Majorität abgelehnt.

Bei dem Titel: für die geologischen Karten 51,000 M. bemängeln die Abg. Cohn und Thilenius die allzu wissenschaftliche Ausrichtung der für agronomische Zwecke bestimmten Karten, während Schmidt (Stettin) auf die Anerkennung verweist, welche diese Karten im Landesökonomie-Collegium gefunden haben.

Beim Extra-Ordinarium dieses Etats richtet Abg. Berger an die Regierung die Frage, ob die Titel 2 und 3: Bauprämien für Bergleute und Fonds zur Gewährung von Darlehen zum Bau eigener Wohnhäuser, zusammen 160,000 Mark, dem Bedürfnis entsprechend über

mit Rücksicht auf die Sparsamkeit bemessen seien; die Frage der Errichtung eigener Häuser und die Erleichterung des Baues und Erwerbes derselben, sei entschieden wichtig genug, um auch bei knapper Finanzlage berücksichtigt zu werden.

Oberbergshauptmann Serlo: Allerdings war die augenblickliche Finanzlage bei Bemessung der Fonds maßgebend; aber die Regierung wird diese Frage stets im Auge behalten.

Cap. 9 Tit. 7 der einmaligen Ausgaben fordert als Beitrag zu den Kosten der canalisirten Saar u. erste Rate der zu gewährenden Staatsubvention 300,000 Mark.

Die Budgetcommission beantragt, diese Position nicht zu bewilligen.

Dagegen beantragen die Abg. Knebel und Vopelius die als Subvention zur Vertiefung des Saarcanales und des Rhein-Marne-Canales auf elbschleifungsmäßigem Gebiete geforderte erste Rate von 300,000 Mark mit Rücksicht auf den Mangel einer desfallsigen Uebereinkunft zwischen Preußen und dem Reichslande abzulehnen, hingegen anzuerkennen, daß die durch eine angemessene Subvention zu bewirkende Vertiefung Preußens an der Vertiefung der gedachten Canäle im Interesse des Abzuges der fiskalischen Kohlengruben im Saarreviere gerechtfertigt erscheint.

Referent Hammacher erkennt das große Staatsinteresse an den projectirten Correctionsarbeiten an, die Ablehnung müsse aber erfolgen, weil die Regierungscommissarien in der Commission über folgende maßgebende Vorfragen nicht informiert waren, nämlich wer das ganze Unternehmen ausführen wird, wie hoch sich die Gesamtkosten belaufen würden und mit welchem Procentfah sich der preussische Staat an denselben beteiligen solle. Mit den Motiven des Antrages Knebel sei die Commission materiell einverstanden, dieselben seien aber nicht erschöpfend.

Abg. Vopelius hält dieses Project finanziell so bedeutend, daß die Zustimmung zu der Intention des Projects direct ausgesprochen werden muß. Die Vertiefung des Canals bringe uns eine jährliche Mindereinnahme von 300,000, nach anderen Rechnungen von 850,000 M. Die Vertiefung werde eine Frachtermäßigung von mindestens 10 pCt. verursachen, was einer Preisermäßigung von 3 Pfennigen pro Centner Kohle aus den fiskalischen Bergwerken bei Saarbrücken gleichkommen würde. Nur so könne letztere mit den französischen auf dem Oiscanal transportirten Kohlen concurrenzfähig werden.

Abg. Knebel weist darauf hin, daß Frankreich bereits längere Zeit seinen Oiscanal und soeben auch auf seinem Gebiete den Rhein-Marne-Canal auf 2 Meter vertieft habe. Belgien sei sofort nachgezogen. Auch Deutschland müsse die erheblichen Transportbeswerden, welche durch eine Tiefe von nur 1,6 Meter entstehen, in seinen Nachbarländern beseitigen.

Regierungscommissar Oberbergshauptmann Serlo bittet den Antrag Knebel an Stelle der puren Ablehnung der Commission anzunehmen, da ersterer die Regierung bei ihren Verhandlungen mit dem Reichslande träftigen werde.

Referent Hammacher hält es für keine gute Tactik, vor Beginn der Verhandlungen das preussische Staatsinteresse an dem Gelingen derselben so prononciert auszusprechen.

Der Antrag Knebel wird angenommen.

Der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung wird im Uebrigen bewilligt.

Beim Etat der Porzellanmanufaktur lenkt der Referent Stenge die Aufmerksamkeit auf eine Conferenz von Sachverständigen, aus Gelehrten, Künstlern und Abgeordneten bestehend, welche auf Einladung des Handelsministers ihr Urtheil über die Leistungen der Porzellanmanufaktur, insbesondere über deren künstlerischen Werth, sowie über das von dem Institut zu verfolgende Ziel und den einzuschlagenden Weg abgegeben hat. In Folge dessen sind ein artistischer Director und mehrere Maler und Modellreure angestellt, sowie die als Vorbilder dienenden Kunstgegenstände vermehrt worden. Auch ist erwogen worden, ob die von der deutschen keramischen Industrie so lebhaft gewünschte Schule für Maler und Modellreure in Verbindung mit diesem Institut errichtet werden solle.

Abg. Frhr. v. Heereman empfiehlt die Mehrforderungen zu bewilligen, da dies durchaus productive Anlagen seien. Mit Recht werde jetzt bei dem Institut die künstlerische Seite mehr gepflegt, jedoch müßten die Artisten dabei mehr hinzugezogen werden, weil diese strenger auf stylvolle Arbeiten hielten, als Maler und Modellreure.

Dieser Etat wurde unverändert bewilligt, ebenso ohne Debatte die der Budgetcommission überwiegen außerordentlichen Etats der Staats-schuldenverwaltung, der Oberrechnungskammer und des Ministeriums des Innern.

Bei dem außerordentlichen Etat der Gestaltverwaltung (Cap. 14, Tit. 1, zum Anlauf von Pferden 191,000 M.) beantragten die Abg. Frenkel und Quadt, die Regierung anzusprechen, daß dieselbe 1) falls die in der Denkschrift vorgesehene Einstellung von 90 Landbeschälern aus eigener Aussicht der Hauptstelle nicht möglich sein sollte, im nächsten Etat diejenigen Mittel bereit stelle, welche zum vollen Ersatz der erfahrungsmäßigen Abnutzung erforderlich sind; 2) in Zukunft diese Summe im Ordinarium des Etats aufnehmen.

Nachdem der Regierungscommissar die Zustimmung der Regierung zu den Intentionen dieses Antrages erklärt hat, wird derselbe zurückgezogen und der Rest dieses Etats unverändert bewilligt.

Es folgt die zweite Verlesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Hessische Brand-Versicherungs-Anstalt. Nach der Vorlage soll die Anstalt communalständisches Institut des Regierungsbezirks Kassel werden. Die Commission hat dem § 1 den Zusatz gegeben, daß die Beschließung und Abänderung des Reglements nur mit drei Viertel der abgegebenen Stimmen erfolgen kann.

Minister Graf zu Eulenburg: Die Vorlage hatte den Zweck, das jetzt unbrauchbare Reglement sofort abzuändern; eine Eröfnerung dieses Zweckes würde in dem Zustande der Commission liegen. Geht man die Befürchtung, daß der hessische Communalantrag geeignete Vorschläge nicht machen wird, dann dürfte man ihm die Anstalt gar nicht übergeben.

Abg. Bromm: Der von der Commission beschlossene Zusatz ist der einzige Schutz, der den Städten gegenüber den Beschläßen der Communalstände genügt werden kann. Wird er nicht angenommen, so haben die Städte überhaupt kein Interesse an dem Zustandekommen des Gesetzes.

Das Haus genehmigt dem § 1 nach der von der Commission vorgeschlagenen Fassung und ohne weitere Debatte die übrigen Paragraphen des Gesetzes.

Schluß 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonntag den 10. Uhr. (Kleinere Vorlagen, marktliche Wasserfrachten und Wassergesellschaften.)

Berlin, 31. Januar. [Amtliches.] Seine Majestät der König hat den bisherigen Hofkammer-Rath Karl Oskar Vohls in Berlin zum Geheimen Regierungs- und vortragenden Rath in dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten und den bisher bei der Ministerial-Baucommission in Berlin angestellt gewesenen Bau-Inspecteur Karl Julius Emmerich zum Regierungs- und Baurath ernannt, sowie dem praktischen Arzt Dr. Johann Pröbsting zu Greben im Landkreis Münster den Charakter als Sanitätsrath und dem Kaufmann und Liqueurfabrikanten Jacob Drouven zu Coblenz das Prädicat eines königlichen Hoflieferanten verliehen.

Der bisherige commissarische Kreisphysicus, Lehrer Adolf Löbber in Mittlitz ist zum Kreisphysicus in der Regierungsbezirk Breslau und der bisherige commissarische Kreisphysicus, Gymnasial-Oberlehrer Dr. August Karl Ludwig Grabow in Oppeln zum Kreisphysicus in der Regierungsbezirk Oppeln ernannt worden. Der praktische Arzt Dr. Plitt zu Hofgeismar ist zum Kreisphysicus des Kreises Hofgeismar ernannt worden. — Dem königlichen Regierungs- und Baurath Emmerich ist die Stelle eines solchen bei dem Regierungs-Collegium zu Cassel verliehen worden. Versetzt sind folgende Vergewerbeamte: der Vergewerthung von Essen nach Dortmund zur commissarischen Beschäftigung beim dortigen Oberbergamts-Collegium, der Vergewerthung von Werden nach Essen, der Vergewerthung von Bielefeld nach Bielefeld; der Vergewerthung von Bielefeld nach Bielefeld; der Vergewerthung von Bielefeld nach Bielefeld.

Berlin, 31. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing heute früh um 9 Uhr den Polizeipräsidenten v. Madai und nahm um 11 Uhr in Gegenwart des Gouverneurs und des Commandanten der kaiserlichen Marine entgegen. Gegen 1 Uhr hatte der Kaiser eine Audienz bei dem Grafen v. Hardey. Am 30. Jan. hielt der Minister des königlichen Hauses, Hr. v. Schlieffen, Vortrag.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag die persönliche Meldung des Lieutenant der Reserve vom Bayerischen 1. Infanterie-Regiment, Herrn v. Guttentberg, entgegen, empfing demnächst den Baurath von Deth., sowie gegen 1 Uhr den commandirenden General des XIV. Armee-Corps, General der Infanterie v. Werder, und begab sich Abends gegen 7 1/2 Uhr zum Cour in das Schloß.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 159. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20, ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.) Berlin, 30. Jan. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

36 233 304 90 98 410 (300) 40 97 585 632 715 54 65 (3000) 841 929 82 1006 31 34 (1500) 137 (300) 78 304 (3000) 15 17 (1500) 44 77 486 (300) 94 (1500) 570 80 94 739 74 (1500) 89 822 (300) 52 (6000) 936 67 78 2040 71 257 322 79 449 525 (600) 59 633 776 85 (300) 868 940 44 77 99 3012 (1500) 16 63 122 39 75 85 293 328 72 410 76 79 641 726 33 82 98 821 909 32 4057 321 30 44 57 465 84 89 (300) 527 79 80 606 (300) 45 829 95 (1500) 912 79 82 5044 229 56 352 77 480 529 54 97 612 50 765 (1500) 806 12 68 985 (300) 6009 62 87 103 244 339 65 88 96 430 99 516 28 57 752 63 814 20 985 7004 522 41 45 72 73 84 (300) 615 61 738 50 (600) 61 804 911 19 25 54 56 8044 77 81 (300) 90 199 (3000) 216 31 33 (300) 320 65 486 535 67 68 758 72 97 862 (3000) 98 923 50 (600) 57 9009 68 70 81 82 148 (300) 60 90 222 24 59 314 68 (1500) 408 (600) 48 92 580 600 8 42 758 73 894 911 (600) 14.

10,050 57 135 47 228 46 65 303 38 64 70 519 41 (300) 87 621 815 (3000) 91 910 38 73 79 11,045 55 93 126 75 78 86 280 303 (300) 93 97 440 83 553 657 (300) 90 701 17 29 53 81 834 12,022 27 83 (3000) 106 18 79 230 56 63 98 (300) 422 86 526 58 77 600 (3000) 6 (300) 67 740 54 (300) 66 807 13,009 43 (300) 92 162 258 65 379 89 414 30 (1500) 34 52 511 13 621 (1500) 712 865 902 (1500) 10 33 38 49 (300) 67 68 14,004 47 71 75 99 103 51 200 10 402 12 65 75 92 512 25 49 52 89 91 634 74 85 790 92 864 901 39 15,013 17 92 108 35 54 (300) 270 75 512 15 (600) 642 (300) 57 831 48 921 28 37 84 16,046 65 70 102 89 202 51 59 (300) 348 78 (3000) 400 536 55 648 49 64 718 51 54 87 857 69 91 940 17,089 137 90 (300) 286 443 577 (300) 84 (300) 602 59 835 920 24 88 18,021 48 98 221 71 97 308 (3000) 38 62 422 (600) 587 (3000) 623 48 777 95 816 21 44 46 47 56 85 963 66 19,047 (300) 55 175 278 83 300 46 52 76 400 75 88 96 619 20 50 770 889 (300) 900 86 (1500) 88 (300) 92.

20,041 90 140 91 332 66 (300) 468 87 739 70 (6000) 895 947 57 62 82 (600) 89 21,015 48 143 69 74 (1500) 76 229 81 85 301 35 414 77 (1500) 92 (300) 543 77 609 738 (1500) 87 92 99 (300) 946 62 22,031 39 105 38 226 38 88 391 410 84 621 724 38 (1500) 73 99 845 923 23,000 88 121 78 91 209 312 50 54 70 88 631 46 92 799 873 75 90 923 (1500) 85 24,010 73 77 (1500) 83 188 337 (300) 64 405 571 (600) 613 23 44 60 (3000) 93 722 837 73 97 965 75 25,044 43 (600) 49 53 102 14 62 200 (3000) 7 68 (300) 310 409 23 (300) 56 529 46 (600) 668 97 700 59 (600) 99 802 4 54 62 93 904 (300) 8 34 (600) 57 (300) 70 76 26,057 80 (300) 106 43 51 207 46 345 452 76 (300) 91 524 29 625 32 50 76 (1500) 86 99 764 71 832 94 27,023 37 (300) 64 74 92 (600) 118 32 (3000) 65 73 205 32 319 67 75 92 494 753 839 906 48 82 28,040 (300) 41 42 146 202 6 31 39 58 64 90 91 (300) 323 94 403 27 58 99 500 63 600 3 29 74 722 27 44 819 51 90 91 982 88 29,008 75 109 33 76 249 88 (300) 302 83 417 35 56 (600) 574 (300) 652 705 (300) 91 809 53 60.

30,013 32 69 77 (1500) 78 200 28 310 33 97 424 538 89 (3000)

Jules Grévy. In der „Magdeb. Ztg.“ finden wir eine ausführliche Charakterisierung des neuen Präsidenten der französischen Republik, welcher wir Folgendes entnehmen:

Ein eifriger Anhänger des gestürzten Kaiserreichs, der verstorbene Präsident des gesetzgebenden Körpers, Mr. Schneider, charakterisierte vor der Untersuchungskommission über den 4. September Grévy folgendermaßen: „In einer Zeit, wo die Erschaffung der Charaktere so groß ist, empfindet man es als ein wahrhaftes Glück, einem so würdigen, so unbefleckten, so erhabenen Charakter zu begegnen, wie einen solchen Herr Grévy besitzt.“

Wenn gleichwohl ein Mann existiert, der den Lärm und das Aufsehen scheut, so ist es Grévy; er ist beräthmt gleichsam wider seinen Willen.

Franz Paul Julius Grévy wurde zu Mont-sous-Vaudrey im Departement Jura am 5. August 1813 geboren. Seine Eltern waren brave Bauern von einfachen und patriarchalischen Sitten. Er machte seine Studien im Gymnasium zu Poligny, wo er sich durch einen frühreifen Verstand, durch eine ernste Geistesrichtung und anhaltende Arbeitskraft auszeichnete.

Er kam gerade nach Paris, um seine Rechtsstudien zu vollenden, als die Ordonnanzen von 1830 erschienen. Der junge Grévy, der schon damals den republikanischen Ideen huldigte, nahm an den Zulempfen thätigen Antheil und befand sich unter der Zahl der Kämpfer, die sich der Kaserne Babylon bemächtigten.

Nachdem er seine Rechtsstudien vollendet, wurde er Advocat und war bald eine Stierde des Pariser Barreaus. Nur langsam gelangte er zu Ansehen und Ruf, denn er hatte keine Neigung für lärmende Erfolge und floh die Veranlassungen, welche die Aufmerksamkeit auf ihn lenken konnten.

Es war gleichwohl mehr ein Mann der Theorie als der That und gehörte jener politischen Richtung an, welche der „National“ repräsentirte.

Nach der Februarrevolution im Jahre 1848 wurde Grévy zum Commissar der Republik für das Departement Jura ernannt. Er erfüllte diese schwierigen Functionen mit eben so viel Festigkeit als Mäßigung und Einsicht. „Ich will nicht“, sagte er, „daß die Republik Furcht einflöße.“

Diese Weisheit, diese Mäßigung erwarteten ihm die allgemeinen Sympathien und bei den Wahlen zur Constituante wurde er fast mit Stimmeneinhelligkeit zum Volksvertreter gewählt. Nach seinem Eintritt in die Kammer wurde er Mitglied der Commission, welche das Amt des Staatsraths versah; er war auch einer der Vicepräsidenten der Versammlung und offenbarte seit jener Zeit jene hervorragenden Eigenschaften der Klugheit, Würde, der absoluten Unparteilichkeit, welche ihm lange die Stimmeneinhelligkeit der Nationalversammlung sicherten, die ihm selbst dann nicht fehlte, als die reactionären Leidenschaften zu einer solchen Höhe gestiegen waren, daß kein Hemmschuh sie zu mäßigen noch aufzuhalten vermochte.

Bei den mannigfaltigen Verhandlungen, die sich im Schooße der Commission und in der Versammlung entwickelten, leistete Grévy durch seine soliden Kenntnisse wie durch seinen Eifer, der eben so unermüdet war, als er wenig Aufhebens machte, durch seinen scharfen, gesunden und praktischen Verstand große Dienste. Er stimmte stets mit der republikanischen Linken und hat in der Versammlung zwei

denkwürdige Kämpfe bestanden, mit deren einem sein Name unaufloslich verknüpft ist.

Die Aufgabe der Constituante ging unter dem Schutze des Belagerungszustandes ihrer Vollendung entgegen.

Angesichts der Irrthümer der radicalen Elemente und der anti-demokratischen Leidenschaften der Anderen fand ein einziger Weg der Rettung offen: die republikanische Regierungsform gegen jeden Angriff und gegen jede Ueberrumpelung sicher zu stellen. Die Existenz der Republik zu sichern, das war die Aufgabe.

Der Wortlaut des hierauf abgegebenen Grévy'schen Amendements war folgender: „Die Nationalversammlung überträgt die Erecutivgewalt einem Bürger, der den Titel „Präsident des Ministerraths“ erhält.“

Der Präsident des Ministerraths wird von der Nationalversammlung in geheimer Abstimmung mit absoluter Majorität ernannt.

Der Präsident des Ministerraths wird auf unbestimmte Zeit gewählt; er ist jederzeit absetzbar.“

„Grévy“, sagt der Biograph der Männer von 1848, „entwickelte sein Amendement in einer sehr bedeutenden Rede, die sich gleichzeitig durch die politische Einsicht auszeichnete, welche ihn die unmittelbare Situation entspringenden Gefahren vorher sehen ließ und durch einen philosophischen Scharfsinn, welcher ihn in den Stand setzte, die neuen Bedingungen klar aufzufassen, deren die Organisation der modernen Gesellschaft bedurfte.“

Zugleich hatten seine Worte einen geradezu prophetischen Charakter bezüglich des späteren Staatsstreichs vom 2. December.

Die Auseinandersetzungen Grévy's übten keinen Einfluß auf die Deputirten, welche in der Institution der Präsidentschaft eine Umkehr zu den Formen der Monarchie erblickten, aber auch die gemäßigten Republikaner wiesen sie ab, theils aus Doctrinarismus und dann, weil sie der Hoffnung sich hingaben, daß einer ihrer Führer zu dem ersten Amte der Republik werden berufen werden und sie dann Herren der Situation sein würden.

Grévy's Amendement wurde in der Sitzung vom 7. October 1848 mit 643 gegen 158 Stimmen verworfen.

In die gesetzgebende Versammlung wiedergewählt, blieb Grévy der Sache treu, die er stets vertheidigt hatte. Er bekämpfte gleichzeitig die Politik des Glyse und die monarchische Coalition in der Kammer. Er sprach und stimmte gegen alle reactionären Maßregeln, gegen die römische Expedition, gegen die Gesetze über die Presse, den Belagerungszustand, das Vereinsrecht, das Gesetz vom 31. Mai, die Revision der Verfassung, er stimmte endlich für den Antrag der Quästoren, dessen Zweck darin bestand, die Nationalvertretung gegen jede Verletzung mit einem Staatsstreich sicher zu stellen, indem er in die Hände der Versammlung eine bewaffnete Macht legen wollte.

Das Verbrechen des 2. December machte gleichzeitig den verbrecherischen Intriguen der Royalisten in der Versammlung und den hochherzigen Anstrengungen der aufrichtigen Republikaner ein Ende, welche verzweifelt kämpften, um Frankreich von dem Rand des Abgrundes aufzuhalten, an den sie es in so verhängnißvoller Weise geschleppt sahen.

Grévy protestirte auf der Mairie des 10. Arrondissements gegen den Staatsstreich und wurde für einige Zeit in Mazas eingesperrt. Nachdem er der Freiheit wiedergegeben war, trat der Deputirte des Jura wieder in die Advocatenlaufbahn zurück und nahm die wichtige Stellung im Pariser Barreau wieder ein, die er sich sowohl durch

seinen festen und graden Charakter, als durch sein zu gleicher Zeit maßvolles und leuchtendes Talent geschaffen hatte. Er plaidirte nur in einer einzigen politischen Sache, in dem berühmten Proceß der Dreizehn.

Im August 1868 sollte eine Wahl in einem Bezirke des Juradepartements stattfinden. Von seinen Freunden dringend aufgefordert, wieder thätig in die Politik einzugreifen, nahm Grévy die Candidatur an, die ihm von einer großen Anzahl von Wählern angeboten wurde, und stellte sich als Bannerträger der Demokratie dem officiellen Candidaten gegenüber.

Die Verwaltung machte unerhörte Anstrengungen, um seine Candidatur zu Schanden zu machen. Grévy wurde trotz alledem mit 22,900 Stimmen gegen 10,000 gewählt, welche auf den kaiserlichen Candidaten fielen. Die Regierung erklarte darin eine Drohung und einen Protest gegen die eigenmächtige Politik des Kaiserthums. Der Wiederertritt desjenigen, der einst das Emporkommen des Kaiserthums unmöglich machen wollte, wurde in den Tuilerien als ein böses Omen angesehen.

Eine andere Kundgebung gesellte sich gleichzeitig jener der öffentlichen Meinung zu. Das Pariser Barreau ernannte Grévy zu seinem Vorsteher.

Bei seinem Eintritt in die Kammer nahm der Deputirte des Jura die gleichzeitig gemäigte und feste Politik wieder auf, die er vor dem Staatsstreich befolgt hatte. Bei verschiedenen Veranlassungen ergriff er im gesetzgebenden Körper das Wort und selbst seine Gegner lauschten aufmerksam auf seine kraftvolle und nüchterne Sprache, auf seine zuverlässige und gebiegene Auseinandersetzung. Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1869 wurde er fast mit Stimmeneinhelligkeit wiedergewählt.

Als Präsident der Fraction der sogenannten geschlossenen Linken, die sich in der Straße La Courbiere zu versammeln pflegte, wies er jeden Vergleich mit der kaiserlichen Gewalt zurück. Aus jener Zeit stammt sein berühmter Ausspruch: „Weder Betrogener (dupe), noch Mitschuldiger!“

Immer darauf bedacht, die Unabhängigkeit der Kammer sicher zu stellen, schlug er am 3. Februar 1870 dem gesetzgebenden Körper ein Amendement vor, welches jenen berühmten Antrag der Quästoren aufs Neue aufnahm und für den gesetzgebenden Körper das Recht beanspruchte, seine Polizei selbst auszuüben und selbst für seine Sicherheit zu sorgen.

Als das Cabinet vom 2. Februar beschlossen hatte, die Constitution, welche an Stelle des autoritativen Kaiserthums die parlamentarische Regierung setzte, einem Plebisit zu unterbreiten, entrollte Grévy in einer denkwürdigen Rede die Gefahren eines Senats-Confuls, welcher dem Volke jede Initiative raubte und dessen Annahme neue Staatsstreich begünstigen konnte.

Bei den allgemeinen Wahlen am 8. Februar 1871 richtete Grévy eine Proclamation an seine Landsleute, die in folgender Weise sein Programm zusammenfaßte: „Die Republik für alle Zeit und den Frieden vorbehaltlich der Revanche mit allen annehmbaren Mitteln.“

Als der Erste in der Liste wurde er im Juradepartement mit 52,678 Stimmen, im Departement der Rhonemündungen wurde er mit 51,164 Stimmen gewählt und in Paris brachte er es bis auf 51,499 Stimmen. Er nahm die Wahl für das Juradepartement an.

wird, durch die Betätigung in allen geordneten Instanzen zu erproben, welche Lebensfähigkeit und Wirkung dem Plan der Tabaksteuerung nach dem Gewicht beizubringen. — Der Admiralitätsrath hat, wie wir hören, in einer Sitzung vom 25. Januar die ihm gestellten Aufgaben erledigt. Als falsch müssen die Angaben bezeichnet werden, welche wissen wollen, daß dem Admiralitätsrath auch die Veranlassung einer neuen Fahrordnung aufgegeben war. Die Anwesenheit der drei Ober-Berth-Directoren läßt vielmehr schließen, daß man sich mit der Frage beschäftigt hat, in wie weit eine neue Werftdienst-Ordnung notwendig sei, da der erweiterte Betrieb der Werften eine solche zu erfordern scheint. — Man glaubt, daß das Kriegsgericht in Sachen des „Großen Kurfürsten“ heute, am 31., seinen Spruch fällen wird. — Mit dem morgigen Tage findet bei dem Marinethail die alljährliche Einstellung von circa 1100 Mann statt. — Die im Laufe des Jahres 1878 getroffenen Abänderungen der deutschen Wehrordnung und der Heerordnung insbesondere sind jetzt seitens des Allgemeinen Kriegsdepartements in einem besonderen Abdruck herausgegeben worden. — Der im Reichskanzler-Amt ausgearbeitete Gesetzentwurf über die Sicherstellung der Pfandgläubiger wird nach Durchlaufung der vorbereitenden Stadien nunmehr dem Bundesrath zugehen. Der Entwurf, welcher das Pfandrecht an Eisenbahnen regelt und in so fern eine Ergänzung zur Concursordnung bildet, ist den Regierungen mitgetheilt und liegt zur Zeit dem preussischen Staatsministerium vor. Sobald dasselbe sein Votum abgegeben, wird der Entwurf dem Bundesrath überwiesen werden.

Δ Berlin, 31. Jan. [Centralwahlcomite der Fortschrittspartei.] Die Fraction der Fortschrittspartei hatte gestern eine Centralwahlcomitee-Sitzung. Auf Grund der vom Parteitag beschlossenen Organisation cooptirte man in das Comitee: 1) Dr. jur. Levy, Mitglied der „Bürgerchaft“ zu Hamburg, welcher dem Parteitag als Delegirter des Clubs der Linken der „Bürgerchaft“ beigezogen hatte. 2) den bairischen Landtagsabgeordneten Grämer zu Nürnberg, früheren Reichstagsabgeordneten und jetzigen Vorsitzenden des Central-Ausschusses der neu organisirten deutschen Fortschrittspartei in Franken, und beschloß außerdem Vorschläge von dort zu erfordern, behufs Cooptirung von noch zwei bairischen Parteigenossen.

[Marine.] S. M. gedachte Corbette „Prinz Adalbert“, 12 Geschütze, Commandant Capitän zur See Mac-Lean, hat am 30. December v. J. die Reise von Montevideo auf der Reise nach Valparaiso verlassen. S. M. S. „Troya“, 8 Geschütze, Commandant Corb.-Capt. v. Rositz, ist am 17. December v. J. vor Amoy zu Anker gegangen und beabsichtigt Anfangs Januar unter Anlaufen der Insel Formosa die Reise nach Norden fortzusetzen.

[Verbote auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Octbr. 1878.] Nummer 9 der in Stuttgart erscheinenden periodischen Druckschrift „Stuttgarter Presse“ vom 23. Januar 1879 und zugleich das fernere Erscheinen dieser Druckschrift. Nummer 50 des 7. Jahrgangs der in Milwaukee erscheinenden periodischen Zeitschrift „Freidenker“.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Karlsruhe, 31. Jan. Die „Badische Landeszeitung“ meldet: Es wird beabsichtigt, die oberheinische Kirchenprovinz folgendermaßen zu organisiren: Straßburg und Metz werden vom Metropolitankirchenbischöflichen Bischof resp. Rheims losgelöst; Straßburg wird Erzbischof, Freiburg und Constanz Bisthum, Rottenburg bleibt selbstständig. Neuerrichtet wird Bruchsal und Worms, Trier wird Erzbischof mit den Suffraganen Metz, Mainz, Fulda und Limburg.

Wien, 31. Jan. Das Abgeordnetenhaus debattirte heute über die Antwort des Ministerpräsidenten auf die Interpellation wegen der Pestgefahr. Mehrere Deputirte hatten strenge Maßregeln für noth-

wendig. Ministerpräsident Auersperg erklärte, alle Maßregeln zur Sicherheit seien getroffen, ein Einvernehmen mit Ungarn, Deutschland, Italien und Rumänien angebahnt. Verschiedene Maßregeln seien bereits gemeinschaftlich beschloffen; z. B. die sofortige Entsendung von Aerzten. Er warnt vor Sensations- und Alarmnachrichten. (Lebhafte Beifall.) Die Debatte wird geschlossen.

Wien, 31. Jan. Der türkische Botschafter Sasvet Pascha wurde heute von dem Kaiser in Audienz empfangen.

Wien, 31. Jan. Die „Polit. Corresp.“ meldet aus Konstantinopel verschiedene Details über ein von französischen Capitalisten offerirtes Finanzproject, an deren Spitze sich Tocqueville befindet. Danach wird ein Vorschlag von 150 Millionen Frs. offerirt und ein für die türkischen Gläubiger günstiges Arrangement der Convertirung der türkischen Schuld im Wege einer durch gewisse Einnahmen, besonders durch die Zolleinkünfte zu leistenden Garantie. Die Zollämter sollen durch Europäer verwaltet und die Zölle um 2 pCt. erhöht werden. Dem Vernehmen nach würde das Project von dem französischen Botschafter Journier unterstützt, während die Engländer sich demselben wenig sympathisch zeigten. Tocqueville sei, da die Pforte sich geneigt gezeigt habe, auf das Project einzugehen, zu weiteren Verhandlungen am 29. d. nach Paris zurückgekehrt. — Der neu ernannte Delegirte zu den Verhandlungen mit Griechenland, Constant Pascha, soll heute nach Preveza abreisen.

Wien, 31. Jan. Wie verschiedene Blätter melden, hat der Abg. Stene an den Obmann des Fortschrittclubs ein Schreiben gerichtet, in welchem er anzeigt, daß er sein Mandat als Abgeordneter niederlegt hat.

Rom, 31. Jan. Kammer. Berathung über das Budget des Ministeriums des Aeußern. Depretis sagt in Erwiderung Mingheiti's und anderer, die Regierung habe behufs Unterstützung der italienischen Expedition nach Centralafrika einen Agenten nach Schod entsendet und werde ein Consulat in Zella errichten. Visconti Venosta glaubt, die Orientpolitik der Ministerien der Linken erwecke Mißtrauen und schädigte den Einfluß Italiens; er tadelt die Agitation der „Italia irredenta“ und fordert das Ministerium auf, die Tradition guter Beziehungen mit Oesterreich aufzunehmen. Die Interessen Italiens im Oriente seien die Interessen des europäischen Gleichgewichts. Italien müsse wünschen, daß die Berliner Uebereinkunft dauerhaft werde und den nöthigen Einfluß gewinnen, um bei europäischen Verhandlungen legitim mitzusprechen, dazu sei eine gute innere Politik erforderlich. Alvisi hält die Resultate des Berliner Vertrages für nicht ungünstig. Martini will einige Modificationen in der äußeren Politik Italiens und bemerkt, es sei eine loyale Ausführung des Berliner Vertrages nöthig. Morgen Fortsetzung der Debatte. — Der Senat verhandelte das Budget des Ministeriums für Ackerbau und Handel.

Konstantinopel, 31. Jan. Rastim Pascha ist zum Marineminister ernannt worden. — Die Meldung, daß zwischen den französischen Bevollmächtigten bei der internationalen Commission Mischelligkeiten ausgebrochen seien, ist vollständig unbegründet.

Bukarest, 31. Jan. Die Kammer votirte einstimmig einen Credit von 450,000 Frs. zur Bestreitung der Kosten für die gegen Einschleppung der Pest zu treffenden Vorsichtsmaßregeln.

Bukarest, 31. Jan. Zwischen der Banque de Roumanie und der rumänischen Regierung ist ein Geschäftsabluß zu Stande gekommen, wonach die erstere von der Regierung 800,000 Stück Papier rubel zum Preise von 2 Frs. 35 Cts. übernimmt.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 31. Januar. [Börse.] Die französische Krisis hat sich überaus leicht und schnell vollzogen und ist dadurch den Börsen vorläufig

der Grund zu weiterer Beunruhigung genommen. Da der Präsidentenwechsel, nach den getriggen Boulevardgerüchten zu urtheilen, auch in den französischen Finanzkreisen im günstigen Sinne aufgefaßt wird, so glaubte man für die heutige Börse eine recht feste Haltung voraussetzen zu dürfen. Der Verlauf des Geschäftes entsprach dieser Annahme indeß nicht. Constatiren müssen wir jedoch, daß die Grundstimmung zur Festigkeit neigte, aber nicht klar zum Ausdruck gelangen konnte, da man einestheils glaubte, den Vorgängen in Paris gegenüber doch große Vorsicht benahmen zu müssen und erst abwarten zu sollen, ob auch die weitere Entwicklung der Verhältnisse einen ruhigen und Vertrauen erweckenden Verlauf nehmen werde, und da man andererseits sich beunruhigt fand durch die Nachricht, daß auch auf dem rechten Wolgaufer neuerdings Erkrankungsfälle vorgekommen sein sollen. Der Verkehr hielt sich in sehr engen Grenzen, da es fast auf allen Gebieten ebenso an Käufern, wie an Abgebern fehlte. Die internationalen Speculationspapiere zeigten ungefähr mit getriggen Schlusscoursen ein und schlugen nach vorübergehender rückgängiger Bewegung bald steigende Richtung ein. In dieser Hinsicht zeichneten sich besonders Oesterreichische Staatsbahn-Aktien aus. Oesterreichische Creditactien verhielten sich ruhiger und Lombarden waren ganz vernachlässigt. Die localen Speculationspapiere verhielten sich sehr ruhig. Laurav-Aktien waren ganz geschäftlos. Es notirten Disconto-Commandit per ult. 125,75—125,25 bis 126,25, Laurahütte per ult. 64,25—64. Die ausländischen Staatsanleihen und Renten waren ziemlich fest, haben aber nur geringere Coursveränderungen aufzuweisen. Ungarische Goldrente erlitt sich besserer Nachfrage und ebenso gingen Türlen zu besserem Course etwas lebhafter um. Russische Werthe zeigten trotz einiger Coursveränderungen doch eine recht feste Tendenz. Per Februar Russen, alte 81,75—2,25—2,10, neue 82,75—3,25 bis 3,10, Oriental 55,60. Russische Noten wenig belebt, notirten per Febr. 195,50—4,75—5,50, Prämie 198/250, März 195,75—5,25. Die inländ. Fonds, Pfand- und Rentenbriefe trugen eine sehr feste Physiognomie, verhielten sich indeß ziemlich still. Deutsche Prioritäten waren bei fester Haltung wenig im Verkehr, nur garantirte Devisen beliebt; von 4½procent. Werrabahn, Freiburger, Halberstädter und Potsdamer beliebt. Für österreich. Prioritäten lagen von Arbitrageuren gute Aufträge vor, die jedoch, da zu niedrig limitirt, nicht zur Ausführung kamen. Russische Prioritäten schwach. Auf dem Eisenbahn-Aktienmarkt war die Stimmung unentschieden und die geschäftliche Thätigkeit gering. Von den rheinisch-westfälischen Speculations-Devisen erfreuten sich Köln-Mindener einiger Beliebtheit. Per Febr. notirten Vergische 75,60, Rheinische 102,50, Rheinische 105,70. Cassawerthe fest und zum Theil höher. Potsdamer, Stettiner, Halberstädter und Weimarer Course anziehend. Für West-Rhein und West-Grajewo äußerte sich gute Nachfrage, doch fehlte es an disponiblen Material. Rumänen schwach und weichend, auch Oesterreichische Südbahn niedriger. Stamm-Prioritäten fast ganz geschäftlos. Bankactien still. Einige Verkehr entwickelte sich zu höheren Coursen in Meiningen, Geraer, Medlenburger Credit, Preussische Boden, Götthaer Privat- und Handelsgesellschaft. Niedriger gingen um Reichsbank, Cassaverein, Deutsche Bank und Medlenburger Hypotheken. Montanwerke lagen in der Mehrzahl recht fest. Dies gilt besonders von Gelsenkirchen, Dortmund, Bergisch-Märkischen, Rhein-Nassau, Westphälische Union, die höher bezahlt wurden. Unter den übrigen Industriepapieren gewannen Omnibus und Dessauer Gas. Niedriger notirte Jaconfischwerke. Wechsel wenig verändert. Privatdisconto 2½%.

Um 2½ Uhr: Febr.-Course. Credit 386,50, Lombarden 111, Franzosen 423,50, Reichsbank 151,80, Disco.-Comm. 126,75, Laurahütte 63,90, Türlen 12,20, Italiener 74,60, Oesterr. Goldrente 63,75, Ungarische Goldrente 71,25, Oesterr. Silberrente 53,90, do. Papierrente 52,75, 5% Russen 83,25, Köln-Mindener 102,50, Rheinische 105,60, Vergische 75,60, Rumänen 30,25, Russische Noten 195,50, Orient 55,60. Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent.-Ep. 173,— bez., do. Eisenb.-Coups. 173,— bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 50 Pf. t. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,155 bez., do. Prioritäten 4,15 bez., do. Papier-Dollars 4,15 bez., 6% New-York-City — bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und berl. min. 75 Pf. t. Berl., Poln. Papier u. berl. min. 75 Pf. Warschau, Russ.-Engl. conf. berl. — bez., Russ. Zoll 20,53 bez., 22er Russen —, —, Große Russ. Staatsbahn —, — bez., Russ. Boden-Credit —, — bez., Warschau-Wiener Comm. —, — bez., 8% Rumänische Div.-Sch. p. 78 —, — bez., Warschau-Teresopol —, — bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Berl. Extr.-Obligat. 20,325 bez.

Breslau, 1. Febr. [Wasserstand.] D.-B. 4 M. 52 Cm. U.-P. — M. — Cm. (Fischland.)

Als die Nationalversammlung sich in Bordeaux versammelte und ihr Bureau constituirte, wählte sie Grévy fast mit Einstimmigkeit zu ihrem Präsidenten, nämlich mit 519 Stimmen unter 536 Stimmentenden.

Am demselben Tage noch beieferte sich der neue Präsident, dem System zum Triumph zu verpfeisen, welches er mit so großem Talent in der constituirenden Nationalversammlung vertreten hatte, und reichte gemeinschaftlich mit Dufaure einen Antrag ein, der dahin ging, daß Thiers von den Volksvertretern zum Chef der Exekutivgewalt ernannt werden sollte.

Drei Jahre lang hat Grévy der Nationalversammlung präsidirt mit einer solchen Unparteilichkeit, Festigkeit und Würde, daß ihm die Sympathien Aller für lange Zeit gewonnen wurden. Nach der Krisis des 10. Januar war sogar die Rede davon, ihn zum Chef der Exekutivgewalt zu wählen, wenn Thiers sich zurückziehen sollte oder ihn wenigstens zum Vicepräsidenten zu ernennen, um einer möglichen Erledigung der Regierungsgewalt vorzubeugen.

Niemals hat ihm das Vertrauen der Majorität der Kammer gefehlt. Als er aber gesehen hatte, daß sich eine Coalition der monarchischen Parteien bildete, welche darauf brannten, Thiers und die Republik zu stürzen, da sah er voraus, daß er bald als ein Hinderniß ihrer Pläne würde angesehen werden und daß man versuchen würde, ihn bei Seite zu schieben, er zog es daher vor, sich zurückzuziehen.

Das rechte Centrum in der Nationalversammlung, welches lange Zeit Intriguen anstellte, um an die Gewalt zu gelangen, merkte, daß es vorher zwei Hindernisse zu überwinden habe, die sich vor ihm aufbauten, Grévy und Thiers.

Die Opposition gegen Grévy kam nicht offen zum Vorschein, aber an der Reizbarkeit der Reden, an ihrem dumpfen Gemurmel konnte man merken, daß ihr die unparteiliche und feste Präsidenschaft des Deputirten für den Jura unbequem war. Um im Sturm die Gewalt zu erringen, mußte man sich zunächst der Leitung der Versammlung bemächtigen, das war die erste sehr wichtige Position. Man führte die Gelegenheit herbei und vielleicht legte Grévy eine zu große Empfindlichkeit an den Tag und gab den geheimen Wünschen allzu leicht nach, welche die Feinde der Republik kaum laut kund zu thun wagten.

Der Zwischenfall, welcher Grévy veranlaßte, seine Demission zu geben, war folgender:

In der Sitzung vom 1. April 1873 discutirte man über das Gesetz, welches von seiner Gemeindefreiheit nehmen sollte. Grévy, der Deputirte für das Rhondepartement, antwortete Herrn v. Meaur, dem Berichterstatter der Commission, und hatte sich dabei eines Ausdrucks bedient, welchen die Rechte nicht sehr parlamentarisch fand. Er hatte gesagt: „Die Bagage des Berichterstatters.“ Es scheint, sagte der „Kappel“ boshaft, daß die Worte Bagage, Waggon, Eisenbahn, Abreise, Alles, was der Versammlung ins Gedächtniß rufen kann, daß sie sich trollen müsse, die Fähigkeit haben, ihr eine Gänsebauch zu machen.

Von allen Seiten ruft man auf der Rechten dem Redner zu: „Wie Bagage! Wiederrufen Sie Ihr Wort!“ Ein Deputirter, Herr v. Gramont, ruft noch wilder: „Das ist eine Unverschämtheit.“

Grévy ruft sofort, wie es seine Pflicht war, den Abgeordneten, der diesen unpassenden Ausfall gemacht hatte, zur Ordnung. Proteste der Rechten. Der Präsident erklärt darauf der Versammlung, daß das Wort Bagage nichts Unparlamentarisches enthalte, während die Phrase des Herzogs von Gramont von keiner Volksvertretung geduldet werden könne. Murren der Rechten. Angesichts dieser offen zu Tage tretenden Feindseligkeit des einen Theiles der Versammlung erhebt sich der Präsident und spricht: „Meine Herren! Wenn ich meine Amtspflichten nicht in der Weise

erfülle, wie Sie es wünschen, so muß ich es wissen. (Beifall links.) Ich habe das Amt, mit welchem Sie mich beauftragt haben, weder verlangt, noch mich darum beworben. (Neuer Beifall und Bravo links.) Ich habe es mit allen meinen Kräften, mit meiner ganzen Gerechtigkeitsliebe und Unparteilichkeit verwaltet. (Sehr gut! sehr gut!) Wenn ich bei Ihnen nicht derselben Gerechtigkeit und Unparteilichkeit begegne, auf welche ich Anspruch zu haben glaube, werde ich wissen, was ich zu thun habe.“ (Neuer Beifall auf denselben Väulen. Anhaltender Lärm.)

Nach diesen würdigen und festen Worten hob Grévy die Sitzung auf. Am anderen Tage verlas der Vicepräsident Vitet in der Sitzung folgendes Schreiben: „Herr Vicepräsident! Ich bitte Sie, der Nationalversammlung meinen Rücktritt von den Functionen der Präsidenschaft mittheilen zu wollen. Gezeichnet Grévy.“

Ein tiefes Stillschweigen folgte auf die Verlesung dieses Briefes. Die Rechte gab ihrer Freude keinen offenen Ausdruck.

Die Majorität der Versammlung war indeß noch immer auf Seite Grévy's. Die Führer der reactionären Parteien wollten auch wirklich die Wahl des neuen Präsidenten um einige Tage verschieben, um Zeit für ihre Intriguen zu gewinnen. Die Versammlung beschloß aber, sofort zur Wahl des Präsidenten zu schreiten. Grévy wurde mit 349 Stimmen gegen 231, welche für Buffet abgegeben wurden, wiedergewählt.

Eine solche Majorität war angesichts der Haltung in der Versammlung noch imposant genug, um Grévy ausreichende Genugthuung zu gewähren, ohne daß seine Stellung erschüttert, sein Einfluß compromittirt, seine Würde verwundet worden wäre. Gleichwohl hielt er seine Demission aufrecht.

Grévy zog eben, wie sein berühmter Freund Thiers, die Würde dem Aufsteige vor.

Buffet wurde nunmehr zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt mit 304 Stimmen, eine Zahl, welche nicht einmal die Hälfte der Abgeordneten umfaßte und der Zahl nicht entfernt nahe kam, welche seinem Vorgänger zuzufallen pflegte.

In dem Augenblicke der fusionistischen Intriguen veröffentlichte Grévy eine Broschüre, welche großen Eindruck machte: „Die notwendige Regierung“, deren Schlussfolgerung also lautet: „Frankreich wird nur in der Organisation der Demokratie sein Heil finden.“

Grévy, der sein gewichtiges Wort für die Unterstützung oder Bekämpfung in den großen politischen Organisationsfragen aufsparte, erhob sich mit gewohnter Kraft gegen den Plan, die Vollmachten des Marschalls zu verlängern, und in seiner denkwürdigen Rede vom 19ten November 1873 rief er aus: „Sie gründen eine provisorische Gewalt, Sie wollen eine provisorische Republik — warum schaffen Sie nicht gleich eine provisorische Nation!“

Seinen Grundgedanken getreu verweigerte Grévy der Verfassung vom 25. Februar, welche gerade die Verlängerung der Vollmachten des Marschalls Mac Mahon zur Grundlage hat, seine Zustimmung.

Bei den Wahlen am 26. Februar 1876 zeichnete sich sein politisches Glaubensbekenntnis durch den Freimuth und die Deutlichkeit seiner republikanischen Ueberzeugung aus. Als Mann der Ordnung, der Freiheit und des Fortschritts proclamirte er die republikanische Regierung als die einzig mögliche, einzig dauerhafte und als die einzige, welche fähig sei, Frankreich die Befriedigung aller seiner Bedürfnisse zu sichern, die Ordnung und die Ruhe, die bürgerlichen und politischen Freiheiten, die Entwicklung des Volksunterrichts, das Gedeihen, den Fortschritt und ihm nach Außen eine friedliche und geachtete Stellung zu geben.

Fast mit Einstimmigkeit wurde er am 9. März zum Präsidenten der Deputirtenkammer gewählt, zum provisorischen mit 414, zum definitiven mit 462 Stimmen unter 468 Stimmentenden. Grévy hat dieser Versammlung damals mit einer vollständigen Unparteilichkeit präsidirt, welche stets die Rechte der Minorität aufrecht hielt. Diese hat häufig den Spielraum gemißbraucht, welchen ihr der Präsident gewährte und bei den stürmischen Szenen, welche die letzten Tage der aufgelösten Versammlung bezeichneten, konnte Grévy im Kampf mit den Beleidigungen und Grobheiten der Feinde der Republik sehen, daß seine politischen Gegner ihm nicht im Geringsten Dank wußten für seine peinliche Gerechtigkeit.

Wir sind jetzt bei jener denkwürdigen Kammer Sitzung angelangt, in welcher Grévy sich plötzlich aufrichtete, um mit seinem gewaltigen Wort die Majorität der Kammer zu rächen und zu decken, welche die Gewalt unter Anklage stellte und seinem Richter, dem allgemeinen Stimmrecht zurückschickte.

Es war am Morgen nach dem Jahrestage des Generals Hoche, am 25. Juni, an welchem Tage der Marschall Mac Mahon das Auflösungsdecret der Deputirtenkammer unterzeichnet hatte. Feierlich, fest, mit bebender Lippe aber stolz sprach Grévy:

„Bevor ich Kenntniß gebe von der empfangenen Mittheilung, will ich zum letzten Male der Kammer meinen Dank ausdrücken für die große Ehre, die sie mir erwiesen und für das Wohlwollen, das sie mir bezeugt hat.“ (Lebhafter Beifall.)

„Das Land, vor dem sie sich zu verantworten haben wird, wird ihr bald zugehen, daß sie in ihrer nur zu kurzen Laufbahn nicht einen einzigen Tag ausgehört hat, sich um Frankreich und die Republik verdient zu machen.“

Eine dreifache Beifallsstürme begrüßte diese Worte. Bei den Leichenfeierlichkeiten von Thiers wurde Grévy als der Erbe der Politik des großen Staatsmannes, den Frankreich verloren hat, beauftragt, eine Rede an seinem Grabe zu halten.

Nachdem er eine kurze Schilderung von der langen und glänzenden Laufbahn des berühmten Todten gegeben, von den hervorragenden Diensten, die er Frankreich und der Demokratie geleistet, schloß er mit folgenden Worten:

„Welche Dienste hätte er noch leisten können! Da wir ihn aber einmal verloren haben, so bewahren wir wenigstens sein Beispiel und seine Tradition.“

Befleißigen wir uns, gleich ihm zu beweisen, daß die Republik eine Regierung der Ordnung, des Friedens und der Freiheit ist, die einzige conservative Regierung in unserem Lande und in unserer Zeit, weil sie die einzige ist, welche unseren Interessen, unseren Bedürfnissen und unserem sozialen Zustande entspricht. Auf diese Weise werden wir das Gedächtniß von Thiers ehren und Frankreich dienen. . .“

Es ist bekannt, daß Grévy von der republikanischen Majorität der neuen Deputirtenkammer, in die er von seinem alten Wahlkreise im Jura, aber außerdem noch von den alten Wählern von Thiers als Erwählter des neunten Pariser Arrondissements gesandt wurde, zum Präsidenten gewählt worden ist, während die Gegner der Republik sich auf die Abgabe weißer Zettel beschränkten. Dies ist der Mann, der jetzt an Mac Mahon's Stelle tritt. Grévy zeichnet sich in dem von Parteilebenskraft und Ehrgeiz durchwühlten Frankreich vor allen anderen politischen Männern, auch vor denen seiner eigenen Partei durch eine seltene Eigenschaft, durch seine von jedem persönlichen Ehrgeiz freie, durchaus selbstlose und uneigennützigste Liebe zu seinem Vaterlande und zur Republik aus.

Fonds- und Gel-Course.			Wechsel-Course.			
Deutsche Reichs-Anl.	95,40 bz		Amsterd. 100 Fl.	8 T. 4	168,85 bz	
Consolidirte Anleihe	104,80 bzG		do.	2 M. 4	168,85 bz	
do. do. 1876.	95,70 bz		London 1 Lstr.	3 M. 3	20,26 bz	
Staats-Anleihe	95,20 bz		Paris 100 Frs.	8 T. 3	80,90 bz	
Staats-Schuldcheine	91,40 bz		Petersburg 100 SR.	3 M. 6	194,50 bz	
Präm.-Anleihe v. 1865	147,25 bz		Warschau 100 SR.	8 T. 3	194,50 bz	
Berliner Stadt-Oblig.	102,10 bz		Wien 100 Fl.	8 T. 4 1/2	173,40 bz	
Berliner	102,30 bz		do. do.	2 M. 4 1/2	172,10 bz	
Pommersche	84,25 G					
do. do.	95,50 bz					
do. do.	103,00 bz					
do. Ländsch. Cred.	—					
Pommersche neue	95,50 bz					
Schlesische	87,60 G					
Ländsch. Central	95,00 bz					
Kur- u. Neumark.	96,00 G					
Pommersche	95,90 bz					
Pommersche	95,70 bz					
Preussische	95,50 bz					
Westfal. u. Rhein.	98,20 bz					
Sächsisch.	97,25 bz					
Sächsisch.	97,50 G					
Badische Präm.-Anl.	123,20 Bz					
Baierische 4 1/2 Anleihe	124,50 bz					
Öst.-Münd. Präm.-Anl.	116,30 bz					
Sächs. Rente von 1876	72,75 bz G					
Kurb. 40 Thaler-Loose	243,00 Bz					
Badische 35 Fl.-Lose	150,25 Bz					
Braunsch. Präm.-Anleihe	82,25 bz					
Oldenburg. Loose	141,00 bzG					
Hypotheken-Certificate.			Eisenbahn-Stamm-Actien.			
Krupp'sche Partial-Ob.	108,90 bz		Divid. pro 1877	1878		
Bank. Pf. d. Pr. Pf. 4 1/2	95,50 bzG		Aachen-Mastricht.	1 1/2	4	15,90 bz
do. do.	102,00 bz		Berg.-Märkische.	3 1/2	4	75,90 bz
Deutsche Hyp.-B. Pf. 4 1/2	93,90 bz		Berlin-Anhalt.	5 3/4	4	86,75 bzG
do. do.	100,75 bz		Berlin-Dresden.	0	4	8,25 bz
Kündn. Cent.-Bod.-C.	100,25 bz		Berlin-Görlitz.	0	0	14,75 bz
Öst.-Münd. (1872)	102,60 bzG		Berlin-Hameln.	1 1/2	4	184,90 bz
do. rückz. B.	107,75 G		Berl.-Potsd.-Magdb.	3 1/2	4	78,75 bzG
do. do.	99,02 G		Berlin-Stettin.	7 1/10	4	33,50 bzG
Öst. H. d. Pr. d. Cred.-B.	—		Böhm. Westbahn.	5	5	69,10 bz
do. H. III. Em. do.	106,03 bzG		Bresl.-Freib.	2 1/2	4	62,90 bz
Kündn. Hyp.-Schuld. do.	100,00 bz		Cott. Minden.	5 3/20	4	102,50 bz
Hyp.-Anth. Nord.-G.-B.	92,50 bzG		Dux-Bodenbach-B.	0	0	17,50 bz
do. do. Pfandb. A.	92,00 bzG		Gal. Carl-Ludw.-B.	92 7/8	4	94,40 bz
Pomm. Hyp.-Briefe	95,75 bz		Halle-Sorau-Gub.	0	4	15,50 bz
do. do. II. Em.	87,75 bzB		Hannover-Altenb.	0	0	13,50 bzB
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	107,50 bz		Kaschau-Oderberg.	4	5	43,10 bzG
do. do. II. Em.	105,50 bz		Kronpr. Rudolf-F.	5	5	50,90 bzG
do. 5 1/2 Pfr.kab. m. 110	98,86 bzB		Ludwigsb.-Bebx.	9	9	189,25 Bz
do. 4 1/2 do. m. 110	92,50 bzG		Märk.-Posener	0	0	21,25 bzG
Meininger Präm.-Pf. B.	109,00 Bz		Magdeh.-Halberst.	8	4	119,00 bzG
Pf. d. Oest.-Bd.-C. G.	96,50 bzG		Mainz-Ludwigsb.	5	4	68,25 bz
Schles. Bodencr.-Pf. B.	95,25 G		Niedersch.-Märk.	4	4	96,90 Bz
Südd. Bod.-Cred.-Pf. B.	103,50 Bz		Obereschl. A. C. D. E.	8 1/2	3 1/2	119,75 bzB
do. do. 4 1/2 1/2	98,90 G		do. B.	8 1/2	3 1/2	—
Ausländische Fonds.			Oesterr. St. St. B.	6	4	198,50-24,25
Oest. Silber-B. 1 1/4 1/2	54,00 bzG		Oest. Nordwestb.	0	15	41,50 bzG
do. 1 1/4 1/2	53,90 bzG		Oest. Südb.	0	0	4
do. Goldrente	64,40 bzB		Oest. Südb. (1876)	0	0	85,25 bzB
do. Papierrente	62,90 bzG		Rechte-O.-U.-B.	6 1/2	4	106,25 bzB
do. 5 1/2 Präm.-Anl.	54,00 G		Reichenberg-Pard.	4	4 1/2	35,20 bzB
do. Lott.-Anl. v. 60	104,75 bzG		Rheinische	7	4	103,70 bz
do. Credit-Loose	227,00 bz		do. Lit. B. (4 1/2 gar.)	4	4	93,20 G

Schmel 173, 30. Böhmische Weizenb. 137½. Elisabethbahn 128½. Galizier 187½. Franzosen* 211½. Lombarden* 55. Nordwestbahn — Silberrente 54½. Papierrente 53½. Oesterreich. Goldrente 63½. Ungar. Goldrente 71½. Italiener 7½. Russ. Bodencredit 73½. Russen 1872 83½. Neue russische Anleihe 83½. 1860er Loose 109½. 1864er Loose 258, 50. Creditactien* 193½. Oest. National-Bank 671, 00. Darmstädter Bank 113. Meiningen Bank 72½. Oest. Ludwigsbahn 66. Ungarische Staatsloose 149, 00. do. Schatzanweisungen 101½. do. Ostbahn-Obligationen II. 64½. Central-Pacific 105½. Reichsbank 151½. Reichs-Anleihe 95½. II. Orientanleihe 55½. Discount — pCt. Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 192½, Franzosen 211, Lombarden —, Oesterreich. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, Galizier —, Orientanleihe —, 1877er Russen —.

*) per medio respo. per ultimo.

Hamburg, 31. Januar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-B.-A. 116½, Silberrente 54, Oest. Goldrente 63½, Ung. Goldrente 71½, Creditactien 192½, 1860er Loose 108½, Franzosen 526, Lombarden 137½, Ital. Rente 74½, Neue Russen 83, Vereinsbank 120½, Laurahütte 63½, Commerzbank 100½, Norddeutsche 136, Anglo-deutsche 35½, Intern. Bank 84½, Amerik. de 1885 97½, Köln-Minden. St.-A. 102½, Rhein. Eisenbahn co. 105½, Bergisch-Märkische do. 75½, Disconto 2½ pCt. — Fest.

Silber in Barren per Kilogr 149, 00 Br., 148, 50 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 29 Br., 20, 23 Gd., London kurz 20, 41 Br., 20, 33 Gd., Amsterdam 167, 40 Br., 166, 80 Gd., Wien 170, 00 Br., 170, 00 Gd., Paris 80, 45 Br., 80, 05 Gd., Petersburger Wechsel 194, 00 Br., 190, 00 Gd.

Hamburg, 31. Januar, Nachmitt. [Getreidemarkt.] Weizen loco matt, auf Termine ruhig. Roggen loco still, auf Termine ruhig. — Weizen per April-Mai 176½ Br., 175½ Gd., per Mai-Juni 179 Br., 178 Gd. Roggen per April-Mai 117 Br., 116 Gd., per Mai-Juni 118½ Br., 117½ Gd. Hafer still. Gerste ruhig. Rüböl ruhig, loco 58½, per Mai 58½. Spiritus flau, per Februar-März 42½ Br., per April-Mai 42½ Br., per Mai-Juni 42½ Br. Kaffee fest, Umlag 2000 Saft-Petroleum fest, Standard white loco 9, 70 Br., 9, 60 Gd., per Januar 9, 60 Gd., per Februar-März 9, 60 Gd. — Wetter: Schön.

London, 31. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Getreide unverändert, Hafer ½ theurer.

Glasgow, 31. Jan. Roggen 42, 6. Ruhig.

Liverpool, 31. Januar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umlag 8000 Ballen. Stetig. Tagesimport 5000 B., davon 20, 0 A. amerikanische, 3000 B. ägyptische.

Liverpool, 31. Jan., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umlag 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikanische ¼ D. theurer. Middl. amerikanische Januar-Februar-Lieferung 5½, März-April-Lieferung 5½, ½ D.

Petersburg, 31. Januar, Nachm. 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel London 3 M. 22½, do. Hamburg 3 M. 195½, do. Amsterdam 3 M. 115½, do. Paris 3 M. 240½, Russische Prämien-Anleihe de 1864 (gest.) 230½, do. de 1866 (gest.) 231½, Russ. Anl. de 1873 134½, ½-Imperials 8, 60. Große Russische Eisenbahnen 248½, Russ. Bodencredit-Angebote 120. Privatdisconto 4½ pCt. II. Orient-Anleihe 9½. 1877er Russen 135.

Petersburg, 31. Jan., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 61, 50. Weizen loco 13, 50. Roggen loco 7, 50. Hafer loco 4, 60. Saft loco —. Leinsaat (9 Pud) loco 14, 75. — Wetter: 6 Grad Kälte.

Wien, 31. Jan., Vorm. 11 U. [Productenmarkt.] Weizen loco matt, Termine geschäftslos, per Frühjahr 8, 50 Gd., 8, 55 Br. — Hafer per Frühjahr 5, 50 Gd., 5, 52 Br. Mais (Banat) per Frühjahr 4, 85 Gd., 4, 90 Br. — Wetter: schwacher Schneefall.

Paris, 31. Januar, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per Januar 26, 50, pr. Februar 26, 50, per März-April 27, 00, per März-Juni 27, 25. Weizen fest, per Jan. 59, 25, per Febr. 59, 00, per März-April 59, 25, per März-Juni 59, 25. Rüböl behauptet, per Januar 82, 50, per Februar 82, 50, per März-April 82, 75, per Mai-August 83, 50. Spiritus matt, per Januar 59, 50, per Mai-August 57, 75. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 31. Januar, Nachmittags. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Januar pr. 100 Kilgr. 51, 50, Nr. 5/7/8 pr. Januar per 100 Kilgr. 57, 50. Weißer Zucker matt, Nr. 3 per 100 Kilgr. per Januar 60, 75, per Februar 60, 75, per Mai-August 62, 25.

Antwerpen, 31. Januar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen behauptet. Hafer vernachlässigt. Gerste ruhig.

Antwerpen, 31. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23½ bez. u. Br., per Februar 23½ bez., 23½ Br., per März 23½ bez. u. Br., per Septbr.-December 26 bez. u. Br. — Steigend.

Bremen, 31. Januar, Nachmittags. Petroleum höher. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 35, per Februar 9, 35, per März 9, 40, per April 9, 45 bez.

Berlin, 31. Januar. [Producten-Bericht.] Der Frost ist merklich strenger geworden. In der Stimmung für Roggen befandete sich heute einige Festigkeit. Gute Kaufkraft für entfernte Termine hat sich den um einige Kleinstigkeit erhöhten Forderungen fügen müssen, es kam dabei zu nicht unbedeutendem Handel. Waare verkaufte sich nur langsam, angeboten ist fast ausschließlich inländischer Roggen. — Roggenmehl unverändert. — Weizen, ein wenig höher einsehend, war nicht genügend beachtet, um den kleinen Aufschwung voll behaupten zu können. — Hafer loco flau, Verkäufer mußten schlechtere Gebote acceptiren. Termine ohne Aenderung. — Rüböl leblos. Preise nominell behauptet. — Petroleum fester. — Spiritus wurde nur wenig beachtet, so daß sich das Geschäft nicht ohne weiteres Entgegenkommen seitens der Verkäufer entwickeln konnte.

Weizen loco 150—190 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, weißer poln. — M. ab Bahn bez., per Jan. — M. bez., per April-Mai 173½—173 Mark bez., per Mai-Juni 176½—175½ M. bez., per Juni-Juli 179½—178½ M. bez., per Juli-August 180½ M. bez. Gefändigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 120—130 M. per 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 129—122 M., inländischer 124 bis 126 M., hochfeiner inländ. 127 M. ab Bahn bez., per Januar 122½ M. bez., per Januar-Februar 122 M. bez., per Februar-März 122 M. bez., per April-Mai 121½—122—121½ M. bez., per Mai-Juni 121½ bis 122—121½ M. bez., per Juni-Juli 122½ M. bez., per Juli-August 123 bis 123½—123 M. bez., per September-October 125 M. bez. Gef. 1000 Ctr. Kündigungspreis 122½ M. — Gerste loco 110—185 M. nach Qualität gefordert. — Mais loco 116—120 M. nach Qualität gefordert, neuer ungarischer und rumänischer 117—118 M. ab Bahn bez. — Hafer loco 98—138 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreussischer 103 bis 113 M. bez., russischer 100—112 M. bez., pommerischer 108 bis 115 M. bez., schlesischer 110 bis 118 M. bez., böhmischer 110 bis 118 Mark, feiner weißer pommerischer und medienburgischer 116 bis 120 M. ab Bahn bez., per Januar — M. bez., per Januar-Februar — M. bez., per April-Mai 116 M. bez., per Mai-Juni 118 Mark bez., per Juni-Juli 120 M. bez. Gefändigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Erbsen, Rothwaare 132 bis 135 Mark, Futterwaare 113—127 M. — Weizenmehl pro 100 Kilo Rr. unversteuert incl. Sad Nr. 0: 24,00 bis 23,00 M., Nr. 0 und 1: 23,00—22,00 M. bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Rr. unversteuert incl. Sad Nr. 0: 19,50 bis 18,00 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,75—16,30 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Rr. 0 und 1 incl. Sad per Januar 17,25 M. bez., per Januar-Februar 17,25 M. bez., per Febr.-März 17,25 Mark bez., per März-April — M. bez., per April-Mai 17,30 M. bez., per Mai-Juni 17,45 M. bez., per Juni-Juli 17,50 M. bez. Gefändigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß — M., ohne Faß 56,3 M. bez., per Januar 56,5 M. bez., per Januar-Februar 56,5 M. bez., per Februar-März — M. bez., per April-Mai 56,9 M. bez., per Mai-Juni 57,2 Mark bez. Gefändigt 700 Centner. Kündigungspreis 56,5 Mark. — Leinöl loco 58 Mark. — Petroleum loco pro 100 Kilo incl. Faß 21,5 M. bez., per Januar 21,2 M. bez., per Jan.-Februar 21,2 M. bez., per Februar-März 21,2 M. bez., per März-April — M. bez., per April-Mai — Mark bez., per September-October 24,3 Mark Gld. Gefändigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Spiritus loco ohne Faß 51,7—51,6 M. bez., per Januar 51,8 M. bez., per Januar-Februar 51,8—51,4 M. bez., per April-Mai 52,7—52,4 M. bez., per Mai-Juni 52,8—52,6 M. bez., per Juni-Juli 53,7—53,4 M. bez., per Juli-August 54,6—54,4 M. bez., per August-September 55,1 bis 54,9 Mark bez. Gef. — Liter. Kündigungspreis — M.

Breslau, 1. Febr., 9¼ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen sehr ruhig, bei schwachem Angebot Preise fast unverändert.

Weizen, bei schwächerem Angebot ruhig, pr. 100 Kilogr. schlesischer neuer weißer 13,20—15,60—16,90 Mark, neuer gelber 13,00—15,30 bis 16,30 Mark, feinste Sorte über Notiz besetzt.

Roggen in matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. 10,40 bis 11,40 bis
12,00 Mart, feinste Sorte über Notiz bezahlt.
Gerste ohne Venderung, pr. 100 Kilogr. neue 12,00 bis 13,00 Mart,
weiße 13,50—14,20 Mart.
Safer schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. neuer 9,60—10,10—10,80
bis 12,00 Mart.
Maiz ohne Venderung, pr. 100 Kilogr. 9,50—10,00—10,50 Mart.
Erbisen schwacher Umfag, pr. 100 Kilogr. 12,00—13,00—15,00 Mart
Victoria 15,00—16,50—18,00 Mart.
Bohnen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mart.
Lupinen, feine Qualitäten mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,50
bis 7,80 bis 8,10 Mart, blaue 7,30—7,60—8,00 Mart.
Wicken schwacher Umfag, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,60 Mart.
Welsaaten gut behauptet.
Schlaglein preisbaltend.
Pro 100 Kilogramm netto in Mart und Pf.

Schlag-Weizenfaat	24 50	22 —	20 25
Winterraps	24 25	21 —	20 —
Winterrübsen	23 75	20 50	19 50
Sommerrübsen	24 —	20 50	19 50
Leindotter	19 50	18 50	17 50

Rapsfuchen schwach gefragt, pr. 50 Kilogr. 6,30—6,60 Mart.
Leinfuchen ohne Venderung, pr. 50 Kilogr. 8,10—8,50 Mart.
Kleesamen schwach zugeführt, rother ruhig, pr. 50 Kilogr. 34—38—4
bis 44 Mart, — weißer unverändert, pr. 50 Kilogr. 40—52—58—64 Mart
hochfeiner über Notiz.
Mehl ohne Venderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 24,75—26,75
Mart, Roggen fein 18,25—19,25 Mart, Hausbuden 18,00—18,50 Mart,
Roggen-Futtermehl 8—9 Mart, Weizenkleie 7,00—7,50 Mart.
Heu 2,40—2,70 Mart pr. 50 Kilogr.
Roggenstroh 18,00—19,00 Mart pr. Schod à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-
Sternwarte zu Breslau.

Januar 31., Februar 1.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	— 4°,1	— 4°,1	— 4°,9
Luftdruck bei 0°	334 ¹ / ₁₀₀ 98	334 ¹ / ₁₀₀ 62	333 ¹ / ₁₀₀ 92
Dunstbrud	1 ¹ / ₁₀₀ 16	1 ¹ / ₁₀₀ 16	1 ¹ / ₁₀₀ 19
Dunstsättigung	82 pEt.	85 pEt.	94 pEt.
Wind	O. 1.	O. 1.	O. 1.
Wetter	bededt.	bededt.	bededt.

Vorträge und Vereine.

A. F. Breslau, 31. Januar. [Handwerkerverein.] Der Vorstand des Vereins, an der Spitze Herr Ingenieur Nippert, entfaltet, um den Verein fortdauernd zu heben, gegenwärtig eine ungemein eifrige Thätigkeit. Daß man von den Bestrebungen des Handwerkervereins auch in weiteren Kreisen Kenntnis nimmt, erhebt aus der Thatfache, daß die Direction der Oberschlesischen Eisenbahn sich mit der Anfrage, resp. den Wunsch an den Vorstand gewandt, ob derselbe geneigt sei, den in den Werkstätten der Oberschlesischen Eisenbahn auszubildenden Lehrlingen die Theilnahme an dem Elementarunterricht zu gestatten, welchen der Verein in einzelnen Zweigen für seine Mitglieder eingeführt. Die gefrüge Vorstandsversammlung wurde darüber schlüssig, auf den Wunsch der Direction einzugehen, und ermächtigte den Vorstehenden, mit der erlernten auf Grund der in Aussicht genommenen Modalitäten ein Abkommen zu treffen. — Zur Ergänzung der Vereinsbibliothek wurde die Anschaffung einer Anzahl belletristischer Werke, ferner die Erwerbung der, mit dem Gewinn von volkswirtschaftlichen Broschüren verbundenen Mitgliedschaft bei der volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin und das Abonnement auf das „Gewerbeblatt“ beschloffen. Nachdem wurde die Errichtung eines Journal-Lesezirkels zum Besuch erhoben und als Leseabend der Sonnabend in Aussicht genommen. Mit der Beschaffung eines geeigneten Lesezirkels, in welchem gleichzeitig die Vereinsbibliothek aufgestellt finden, der Umtausch der Bücher und die Gesangsübungen des Vereins dort stattfinden sollen, wurde eine Commission betraut. — An den für den 17. Februar angelegten Debatteabend, dessen Material „Die Innungen der Zukunft“ — ebenfalls von einer Commission vorbereitet wird, soll dem Verein auch die Neugestaltung eines Statuten-Paragraphe, betreffend den Mitgliedsbeitrag, zur Berathung vorgelegt werden. — Eine Reihe von Mittheilungen schloß die Sitzung.



[Militär-Wochenblatt.] v. Giza, Oberstl. vom Gren.-Regt. Prinz Carl v. Preußen (2. Brandenburg.) Nr. 12, mit der Führung des 4. Magdeb. Inf.-Regts. Nr. 67, unter Stellung à la suite desselben, beauftragt. Schridel, Major vom 3. Bad. Inf.-Regt. Nr. 111, als etatm. Stabsoffizier in das Gren.-Regt. Prinz Carl von Preußen (2. Brandenburg.) Nr. 12 berufen. Schreiber, Hauptm. vom 3. Bad. Inf.-Regt. Nr. 111, Frhr. Wödlin v. Wödlinsau, Hauptm. vom 1. Bad. Leib-Gren.-Regt. Nr. 109, v. Wurmb, Hauptm. vom 2. Magdeburg. Inf.-Regt. Nr. 27, Beelis, Hauptm. vom Gren.-Regt. Prinz Carl von Preußen (2. Brandenburg.) Nr. 12, — zu überzähl. Majors befördert. v. Hülsen, Major von der 8. Genb.-Brig., ein Patent seiner Charge verliehen. Wefche, Hauptm. von der 2. Genb.-Brig., v. Beringen, Hauptm. von der 8. Genb.-Brig., v. Wiede, Hauptm. von der 10. Genb.-Brig., zu Majors befördert. Hilbrand, Hauptm. von der 6. Genb.-Brig., ein Patent seiner Charge verliehen. v. Waldow II., Sec.-Lt. vom 2. Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 47, mit schlichtem Abschied entlassen.

Sensation in der Küche

erregt mit Recht die Malmwiesche Patent-Brat- und Back-Pfanne (Deutsches Reichspatent), welche bei gänzlicher Ersparnis von Butter und Schmalz innerhalb kurzer Zeit aus nur mit Salz und den nöthigen Gewürzen versehenem, rohen Fleisch den schmackhaftesten, äusserst saftigen, zarten und schön braunen Braten, wie er sich auf keine andere Weise so vorzüglich herstellen lässt, liefert.

In allen Grössen vorrätig im
Magazin für vollständige Küchen Einrichtungen

A. Toepfer Nachf. E. Schimmelmann,
Breslau, Ohlauerstrasse 45.
Zeichnungen etc. gratis und franco.

Specialite.

Verlobungs-u. Hochzeits-Anzeigen (und andere Familien-Anzeigen).

Visiten- u. Adress-Karten.

Graveur-Arbeit. (Siegelu. Stempel)

Ehren-Bürger-Briefe.

Ehren-Mitgl. Diplome f. Vereine.

Schnellste Anfertigung

Kaufmann-u. Landwirths-Formulare.

Artist. Inst. M. Spiegel, Breslau.

Visitenkarten,

per 100 Stück 15, 20, 30 Sgr.,
Verlobungs-Anzeigen,
50 Stück für 5—6 Mk.,
Monogramme,
100 Bogen oder 100 Couverts 3 Mk.,
Einladungskarten,
zum Souper, Diner u. s. w.,
Fischkarten,
neue französische Dessins,
Ballorden und Touren,
à Dtzd. 1, 2, 3, 6 Mk.,
Knallbonbons
mit scherzhaften Überraschungen,
Cotillon-Geschenke,
à Dtzd. 6, 12 und 18 Mk.,
empfehlte die Papier-Handlung von
N. Raschkow jr.,
[1666] **Hoflieferant.**

Alle Arten künstl. Bärte u. Perrücken, à 1,50 Stück
Bollbärte 1,50 Stück
Badenbärte m. Bärte
Schnurbart 1,50 fortirt
Badenbärte 1,00 nur
franz. Bärte 0,75 3 Mkt.
offerirt das **Frisier-Geschäft** von
W. Müller, [861]
Breslau, Carlstraße 2.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.